

Beschluss (vorläufig) C – Was Frieden schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat
- 2 gezeigt:
- 3 Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit.
- 4 Sie
- 5 müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Moskau hat das
- 6 Friedensprojekt
- 7 Europäische Union herausgefordert. Wir unterstützen unsere ukrainischen
- 8 Freund*innen, die
- 9 sich dieser Herausforderung mit allen Kräften stellen – und halten gemeinsam stand.
- 10 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt
- 11 immer
- 12 autoritärer auf, bedroht seine Nachbarn und stellt die regelbasierte internationale
- 13 Ordnung
- 14 infrage. Chinas Konkurrenz mit Demokratien auf der ganzen Welt stellt auch unser
- 15 Leben und
- 16 Wirtschaften vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika
- 17 fordern
- 18 Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht, mehr Repräsentanz, faire Mitsprache
- 19 und einen
- 20 gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.
- 21 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam
- 22 mit den Folgen
- 23 der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise machen sie einmal mehr
- 24 deutlich:
- 25 Wir müssen unsere demokratischen Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu
- 26 schützen und
- 27 einen starken europäischen Beitrag zur Sicherheit Europas und der Welt zu leisten.
- 28 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat die EU bewiesen, wie sehr sie
- 29 in der
- 30 Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und nachhaltige
- 31 Entwicklung zu wirken. Sie hat bewiesen: Man kann Frieden lernen, stabilisieren und
- 32 zum
- 33 Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine EU, die auf der
- 34 Weltbühne selbstbewusst und konstruktiv auftritt und mit einer Stimme spricht, ist
- 35 imstande,
- 36 sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten, unsere Interessen und Werte zu
- 37 verteidigen,
- 38 Einflussnahme von außen abzuwehren, Zukunft und Frieden zu gestalten – und das
- 39 Leben der
- 40 Menschen spürbar zu verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für

politische
24 und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes
Gegenangebot
25 zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

26 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
27 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von „Wandel
durch
28 Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische Regime wie
Russland im
29 Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger*innen handeln, um ihre
imperialen
30 Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir treten deshalb für ein souveränes und
selbstbewusstes
31 Europa ein, das nicht abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein
Europa,
32 das sich aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
33 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all jene
34 Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des
35 europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv
36 durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt stellt – der oft
behauptete
37 Widerspruch ist keiner.

38 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem
wertegeleiteten und
39 fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür
sind die
40 Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken sowie gerechter und
41 repräsentativer gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in
dem
42 die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.

43 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
44 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den
Frieden zu
45 wahren, Menschenrechte zu verwirklichen, demokratische Kräfte zu stärken, Konflikten
46 vorzubeugen und Wohlstand zu fördern. Neben der Stärkung der Beziehung zu ihren
Verbündeten
47 im transatlantischen und transpazifischen Raum muss die EU aktiv um Partnerschaften
mit
48 Ländern des Globalen Südens werben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen
wir
49 globale Gerechtigkeit fördern. Dabei achten wir auf die Kohärenz unseres politischen
50 Handelns über alle Politikfelder, wie der Wirtschafts- und Handelspolitik, hinweg..

51 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das
macht es
52 schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften sind
nachweislich
53 friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und
54 wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger,

wenn
55 Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen
in
56 der Außenpolitik umfassend und gleichberechtigt vertreten sind.

57 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit, die
Klima-
58 und Umweltkrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten
haben
59 durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine besondere historische und zweifache
60 Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral
werden und
61 zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem und klimaangepasstem
Wohlstand
62 partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins Zentrum
unseres
63 Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen für belastbare
Partnerschaften
64 – Partnerschaften, die Win-Win-Situationen schaffen und sowohl den Menschen in
unseren
65 Partnerländern nützen als auch dabei helfen, unsere Versorgung mit erneuerbaren
Energien und
66 Rohstoffen zu sichern. Eine starke europäische Klimaaußenpolitik bedeutet auch, dass
die EU
67 eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens einnehmen und
weltweit
68 gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen entscheidenden Beitrag zu den nötigen
Investitionen
69 für eine klimagerechte Entwicklung leisten muss. In gleicher Weise muss Europa die
globale
70 Biodiversitätskrise angehen: selbst ambitionierte Ziele verfolgen, Finanzierung
71 bereitstellen und mobilisieren und die Länder des Globalen Südens bei der Umsetzung
ihrer
72 Ziele unterstützen.

73 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden im Bündnis auch
militärisch zu
74 verteidigen. Dabei bleibt der Einsatz militärischer Gewalt für uns Ultima Ratio. Für die
75 Verteidigungsfähigkeit der EU ist auch eine gesamtstaatliche und gesellschaftliche
Resilienz
76 unabdingbar. Dafür ist es zentral, Schocks und Störungen im Sinne eines umfassenden
Sicherheitsbegriffs widerstehen zu können. Das umfasst die Erhöhung der
77 Cybersicherheit und
78 den Kampf gegen Desinformation, die Stärkung von Infrastrukturen sowie von
staatlichen und
79 wirtschaftlichen Versorgungsstrukturen, und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Dies
können
80 wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn wir unsere Sicherheitspolitik
81 europäisch koordinieren und Informationen schneller und besser austauschen. Wir
wollen einen
82 umfassenden Ansatz europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den

83 Mittelpunkt rückt, auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten
setzt und
84 aktiv Chancen für Deeskalation sucht. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt
der
85 Notwendigkeit vor, Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Der Einsatz für
eine
86 Kultur der Gewaltfreiheit, militärische Zurückhaltung und eine Welt ohne Krieg umfasst
als
87 wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich der Außenpolitik. Wir denken
88 Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum
unserer
89 Politik stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten
Sicherheitspolitik
90 ist Teil des europäischen Versprechens.

91 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und
Hoffnung gibt.

92 Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu behaupten und Teil der
93 europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin mit brutaler Waffengewalt
beantwortet
94 worden sein. Aber es lebt fort und beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt
über
95 die eigenen Grenzen hinaus entfalten kann. Mit der Vorstellung eines gemeinsamen
Haus Europa
96 war der Wunsch verbunden, dass Menschen unterschiedlicher Nationen friedlich unter
einem
97 Dach zusammenleben können. Genau diesem Wunsch hat Russland mit seinem
völkerrechtswidrigen
98 Angriffskrieg gegen die Ukraine und gegen das ukrainische Selbstbestimmungsrecht
eine klare
99 Absage erteilt. An diesem Wunsch halten wir trotzdem fest. Wir bekennen uns zum
Beginn des
100 ukrainischen Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der
101 unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und die
102 europäischen Werte erbringt.

103 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt die
eigenen
104 Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst die Hand. An
diesem
105 Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

106 **1. Eine europäische Außenpolitik**

107 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

108 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin agieren
kann.

109 Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27
110 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im
Rat ein,

111 die dabei die Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt.
Um das
112 zu erreichen, wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen
Verträge
113 nutzen und setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

114 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen
die
115 bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die Außen- und
116 Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem europäischen
117 Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst wollen wir
personell und
118 institutionell stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen,
braucht es
119 einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir die Europäische
120 Diplomatische Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich EU-Außenpolitik
unter
121 Diplom*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen. Konsularische Dienste der
Mitgliedsländer
122 wie Visafragen, Rechtshilfe oder Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen
Botschaften
123 bündeln.

124 Gleichzeitig braucht es eine bessere Koordinierung der Außenpolitiken der EU-
Mitgliedstaaten
125 sowie eine engere Abstimmung zwischen der Europäischen Kommission und dem
Europäischen
126 Auswärtigen Dienst. Für eine bessere demokratische Kontrolle setzen wir uns für eine
127 stärkere Rolle des Europäischen Parlaments in der Gemeinsamen Außen- und
Sicherheitspolitik
128 ein.

129 Wir wollen die auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie
130 Wissenschaftsdiplomatie stärken, die im Angesicht der großen globalen
Herausforderungen
131 kulturelle Brücken bauen, positiv in die Zivilgesellschaft wirken, Forschung
voranbringen
132 und Frieden fördern kann.

133 **Das Klima global und gerecht schützen**

134 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die
135 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht.
Sie
136 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel, Wasser
und
137 Rohstoffe. Ihre Folgen wirken sich schon heute spürbar negativ auf Lebensräume und
138 Zukunftschancen von Menschen aus.

139 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke europäische
140 Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen und den
nachhaltigen
141 Entwicklungszielen steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Klima-Partnerschaften

für die
142 Minderung des CO₂-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim sozial gerechten und
klimaneutralen
143 Auf- und Umbau ihrer Wirtschaftssysteme, Infrastruktur und Energieversorgung sowie
bei der
144 Anpassung an die unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der
größten
145 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der
Vereinbarung im
146 Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich 100 Milliarden US-
Dollar
147 aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und
im
148 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens
eingesetzt
149 werden. Ein Vorbild dafür sind sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die
150 Bundesregierung gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit
mehreren Ländern
151 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte
Energiewende
152 und Modernisierung. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur
Ausgestaltung
153 eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise
geschädigten
154 Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.

155 Unser Ziel ist es, die sozial-ökologische Modernisierung in allen Bereichen
voranzutreiben.
156 Wir setzen uns deshalb für den Ausstieg aus den fossilen Energien, für ein
verbindliches
157 globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine ambitionierte
Klimafinanzierung
158 ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur ODA-Quote unter Berücksichtigung des
Prinzips
159 der "gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung" des Pariser
Klimaabkommens. Die
160 internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank, die regionalen
Entwicklungsbanken, die
161 Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und
Entwicklung
162 (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich an der Modernisierung der
Wirtschaft
163 unserer Partnerländern beteiligen.

164 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen
Kommission,
165 Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen, um internationale
166 Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte Klimaclub kann dabei eine
zentrale
167 Rolle einnehmen, um internationale Strukturen im Rahmen des Pariser Abkommens zu
168 unterstützen und ambitionierte Ziele für Klimaschutz, Klimaanpassung sowie
nachhaltiges

169 Wachstum voranzutreiben. Die geplante Strategie für Klimaaußenpolitik der
170 Bundesregierung
171 möchten wir zur Grundlage für eine Weiterentwicklung auf europäischer Ebene
nehmen.
171 Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen müssen ressortübergreifend
Eingang in
172 unser internationales politisches Handeln finden.
173
174 Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer Anstrengungen wird
175 diese Krise Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Historisch betrachtet sind die
176 westlichen Industriestaaten die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase
und tragen
177 deshalb eine besondere Verantwortung. Die EU sollte die betroffenen Staaten deshalb
178 technisch und gegebenenfalls auch finanziell bei den notwendigen
Anpassungsmaßnahmen
179 unterstützen. Zudem sollte Europa zusammen mit anderen Industriestaaten
vorgehen und
180 Prozesse unterstützen, in denen mit betroffenen Staaten über internationale
Regulation im
181 Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit klimabedingter Migration, Flucht und
Vertreibung
182 sowie zum Zugang zu internationalem Schutz beraten wird.
183 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme
184 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von
Kunming-
185 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement
mit den am
186 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz
von
187 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische
188 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

189 **Global Gateway zum Erfolg bringen**

190 In vielen Teilen der Welt gibt es einen gewaltigen Investitionsbedarf, um Wachstum
und
191 Wohlstand mit guter Mobilität und digitaler Teilhabe zu erreichen. Dies muss unter den
192 Bedingungen der Klimaneutralität, Klimaanpassung und sozialer Gerechtigkeit
passieren. Auf
193 den Investitionsbedarf antwortet bislang vor allem das chinesische Programm einer
„neuen
194 Seidenstraße“, das finanzielle Abhängigkeiten schafft und diese systematisch als
politisches
195 Druckmittel einsetzt. Die europäische Global-Gateway-Strategie wollen wir als
Alternative
196 dazu zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das Partnerländer in der
nachhaltigen

197 Verbesserung ihrer Lebens- und Wirtschaftsbedingungen unterstützt. Wir leisten damit
198 einen
199 starken europäischen Beitrag zur G7 Infrastrukturpartnerschaft und durch die
200 Einhaltung
201 hoher Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards zur Stärkung internationaler
202 Standards
203 der G20 für Infrastrukturplanung.

204 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
205 Partnerländern wollen wir damit klimagerechten Wohlstand schaffen, den Schutz der
206 Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren sowie zugängliche digitale
207 Infrastrukturen und die Produktion von grüner Energie in unserer Nachbarschaft
208 fördern.

209 Dabei wollen wir Abhängigkeiten reduzieren, indem wir nachhaltige Wertschöpfung in
210 den
211 Partnerländern stärken und mit Investitionen in die soziale Infrastruktur, die im
212 Einklang
213 mit lokalen Entwicklungsagenden stehen, verbinden.

214 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit
215 substanziellen
216 Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten Kapital die nötigen
217 Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit des Programms
218 weltweit und
219 innerhalb der EU zu verbessern, wollen wir außerdem eine Sondergesandte bzw. einen
220 Sondergesandten dafür einrichten.

221 Die EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle Projekte
222 auf
223 der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Partnerländern und
224 Einbindung der
225 der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten. Maßstab sind für uns hierbei die
226 Menschenrechte,
227 die Agenda 2030 der UN sowie die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens
228 und des
229 Biodiversitätsabkommens von Kunming-Montreal. Beispielsweise bedeutet
230 Mobilitätsinfrastruktur vorrangig Investitionen in klimafreundliche Verkehrsträger wie
231 die
232 Schiene und erzeugte Energie muss immer zuerst den produzierenden Ländern vor Ort
233 zur
234 Verfügung stehen. Zudem muss die EU-Kommission die Politikkohärenz für nachhaltige
235 Entwicklung und eine größere Transparenz bei der Auswahl der strukturpolitischen
236 Projekte
237 sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung sicherstellen. Um Global Gateway zum
238 Erfolg zu
239 führen, müssen bei der Umsetzung entwicklungspolitische Expertise genutzt und die
240 Prinzipien
241 der Wirksamkeit der Entwicklungspolitik umgesetzt werden.

226 **Internationale Organisationen stärken**

227 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall
des
228 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale
Staatengemeinschaft in
229 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl handlungsfähig ist, als eine
überragende
230 Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg mehrfach und deutlich verurteilte. Allerdings
zeigt
231 sich, dass die Situation im Sicherheitsrat friedenssichernde Maßnahmen der UN
erschwert.
232 Regionalorganisationen wie der EU fallen somit im Krisenmanagement, auch mit ihren
eigenen
233 Missionen, eine Schlüsselrolle zu. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die
234 Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-System. In den
anstehenden
235 Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes Vorgehen der EU die UN und
ihre
236 Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu gehört eine Reform des
Sicherheitsrats, in
237 dem wir eine gerechtere Repräsentanz der Weltregionen gewährleisten wollen.
Darüber hinaus
238 zielen wir darauf ab, das Vetorecht abzuschaffen und unterstützen Mechanismen wie
die in der
239 Resolution 377 der UN-Generalversammlung "Uniting for Peace" beschlossene
Möglichkeit, sich
240 im Fall einer anhaltenden Blockade mit der Angelegenheit zu befassen und
Empfehlungen - also
241 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel
VII der UN-
242 Charta - mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen.
243
244 Auch die G7 und die G20 erweisen sich ergänzend zu unserem Engagement im
Rahmen der UN als
245 weitere Foren für die Bearbeitung globaler Herausforderungen. Wir unterstützen daher
die
246 Bemühungen der G7, sich stärker für eine Zusammenarbeit mit Partnerländern
weltweit und
247 insbesondere im Globalen Süden zu öffnen, und befürworten ausdrücklich die
permanente
248 Mitgliedschaft der Afrikanischen Union als Teil der G20.

249 Um auf die globalen und entwicklungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit
reagieren zu
250 können, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung, eine Demokratisierung -
inklusive
251 einer höheren Beteiligung der Akteure aus dem Globalen Süden - und eine
ausreichende
252 Finanzierungskapazität der internationalen Finanzinstitutionen einsetzen. Die Weltbank
hat
253 mit ihrer "Evolution Roadmap" diesen Reformprozess bereits begonnen und muss ihn

jetzt

254 entschieden fortsetzen. Dabei ist entscheidend, dass Ziele wie die Reduzierung der
 255 Ungleichheit und der Schutz der planetaren Grenzen systematisch durch Indikatoren
 256 berücksichtigt und operationalisiert werden. UN-Sonderorganisationen wie das
 257 Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe,
 um
 258 Menschen in Not zu helfen. Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter
 unterstützen und
 259 stärken. Entsprechende Mittel sollen möglichst flexibel bereitgestellt werden.
 260 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive, geschlechtergerechte Personalpolitik
 der EU
 261 bei der Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der
 International
 262 Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

263 **Menschenrechte weltweit verteidigen**

264 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
 265 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste
 niedergeschlagen.
 266 Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu verlangen und
 zu
 267 erhalten, um ihre grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Wir
 setzen uns
 268 für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien, gewaltfreie
 pro-
 269 demokratische Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und
 Menschenrechts-
 270 Verteidiger*innen im analogen wie im digitalen Raum. Wir wollen die
 Fördermöglichkeiten
 271 ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen,
 beispielsweise
 272 Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell
 stabilisieren,
 273 langfristig aufstellen und zugänglicher machen. Damit sollen auch Räume für
 Austausch und
 274 Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, pro-demokratischen
 Bewegungen,
 275 unabhängigen Medien und einzelnen Aktivist*innen geschaffen und gestärkt werden.
 Der Schutz
 276 und die Förderung von Demokratie ist effektiver, wenn wir unsere Bemühungen
 bündeln und
 277 europäisch koordinieren.
 278 Der Schutz der Menschenrechte ist zuallererst Aufgabe des Staates. Der
 Zusammenarbeit mit
 279 Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit und Selbstbestimmung
 eine
 280 besondere Rolle zu. Staaten, die sich auf den Weg zur Demokratie gemacht haben,
 wollen wir
 281 aktiv in diesem Prozess begleiten und stärken. Wir unterstützen entsprechend der

Globalen
282 Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung von
gezielten
283 Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für schwere
284 Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen beteiligt
sind. Gegen
285 Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten entschieden vorgehen
und dabei
286 auch internationale Partner in die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen,
287 inwieweit stillgelegte Vermögenswerte rechtssicher für Wiedergutmachung gegenüber
den Opfern
288 nutzbar gemacht werden können.

289 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,
unserer
290 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von
291 Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine
292 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen,
etwa
293 Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind.
Gefährdeten
294 Menschenrechts-Verteidiger*innen und ihren Familien wollen wir in der EU mit einer
295 schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein,
dass sich
296 die Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen.
Dazu
297 gehört etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten,
internationale
298 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
299 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Dies gilt auch für diejenigen, die das
Recht
300 auf Kriegsdienstverweigerung verteidigen. Wir setzen uns im Rahmen der
Unterstützung für
301 Menschenrechtsverteidiger*innen ein, die Auslandsvertretungen der EU im Bereich der

302 konfliktsensiblen Demokratieförderung und Menschenrechtsschutzes verstärkt zu
schulen.

303

304 Nach Vorbild des kanadischen Resettlement-Programms setzen wir uns für ein
europäisches
305 Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht,
schnell
306 und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung
fortführen zu
307 können. Angriffe auf Menschenrechts-Verteidiger*innen finden immer häufiger im
digitalen
308 Raum statt. Um sie zu schützen unterstützen wir sichere, verschlüsselte
309 Kommunikationsmöglichkeiten und das Recht auf anonyme Nutzung des Internets und
setzen uns
310 gegen die weitere Fragmentierung des Internets und gegen Internetabschaltungen ein.
311

312 Eines besonderen Schutzes bedürfen auch investigative Journalist*innen und

313 Hinweisgeber*innen wie Julian Assange. Sie bringen Verbrechen und gesellschaftliche
314 Missstände ans Licht. Ihr Schutz ist essenzieller Bestandteil der Pressefreiheit, die es
315 nach innen und außen dringend zu verteidigen gilt.

316 **Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen**

317 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger,
resilienter
318 und wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen
319 Menschenrechte. Strukturelle Ungerechtigkeiten führen dazu, dass bestimmte
Gruppen,
320 insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen in besonderem Maße von Gewalt,
Armut und
321 Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Gleichzeitig sitzen oft
nur
322 wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu
erarbeiten.
323 Mit der UN-Resolution 1325 und ihren Folgeresolutionen ist der Schutz von Frauen und
Mädchen
324 in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits
325 international verankert. Wir wollen weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische
326 Außen- und Entwicklungspolitik ein, die die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von
Frauen,
327 Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt.
328 Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung zum
Ziel.
329 Dabei werden Mehrfachdiskriminierungen besonders in den Blick genommen.
Aufbauend auf den
330 Leitlinien der Bundesregierung wollen wir die feministische Außen- und
Entwicklungspolitik
331 als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen und internationalen Kooperationen der EU
verankern.

332 Wir setzen uns für einen paritätischen Frauenanteil in den außenpolitischen
Institutionen
333 der EU ein sowie dafür, den Frauenanteil auf allen Ebenen von GSVP-Missionen -
insbesondere
334 in Leitungsebenen - deutlich zu erhöhen. Die Perspektiven von Frauen und Mädchen
sollen bei
335 allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für
Gender und
336 Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken und die Beteiligung von Frauen und
337 marginalisierten Gruppen an entsprechenden Delegationen signifikant erhöhen.

338 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf
gegen
339 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Denn Frauen-, Queer- und
340 Transfeindlichkeit ist für viele Menschen eine Sicherheitsbedrohung. Nach dem Beitritt
der
341 EU zur Istanbul-Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-
342 Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien

gegen
343 die Diskriminierung und für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.
344 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen feministischer
345 Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet sowie
bisherige
346 Praktiken kritisch evaluiert. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025
85
347 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen.
Dazu soll
348 die EU strukturell mehr Mittel zur Förderung von Frauen und marginalisierten Gruppen
349 bereitstellen, beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit feministischen
350 zivilgesellschaftlichen Akteuren oder die Unterstützung im Bereich der Grundbildung
und
351 beruflichen Bildung, des Unternehmertums sowie der sexuellen und reproduktiven
Gesundheit.
352 Gemäß des EU-Aktionsplans für die Gleichstellung der Geschlechter wollen wir
353 gendertransformative und intersektionale Ansätze systematisch in unserem
354 entwicklungspolitischen Handeln verankern.

355 **2. Eine europäische Sicherheits- und** 356 **Verteidigungspolitik**

357 **Europa gemeinsam verteidigen**

358 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich vor
Augen
359 geführt, dass wir potenzielle Aggressoren wirksam von Angriffen abhalten und unsere
Art zu
360 leben im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft
der
361 Bündnisverteidigung und der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen
und
362 transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.
363 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten,
desto
364 besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die europäische
Verteidigungsfähigkeit
365 sicherstellen, gerade auch als Teil des transatlantischen Bündnisses (NATO). Der
366 strategische Kompass der EU und die Einbettung in das strategische Konzept der NATO
sind
367 dafür maßgebend. Wir stehen zu unseren Bündnisverpflichtungen im Rahmen der EU
und der NATO
368 und den dafür notwendigen Fähigkeiten und Kapazitäten. Aus historischer
Verantwortung und
369 den Lehren des russischen Angriffskriegs bekennen wir uns zum Schutz der baltischen
Staaten,
370 unter anderem durch militärische Zusammenarbeit im Rahmen einer langfristigen
Stationierung
371 von Bundeswehreinheiten im Baltikum.

372 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und
373 Verteidigungsunion mit einer starken parlamentarischen Beteiligung und Kontrolle
arbeiten.
374 Die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von
permanenten EU-
375 Einheiten oder transnationalen Verbänden wie dem Deutsch-Niederländischen Corps,
wollen wir
376 ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und Arbeitsbedingungen für
Soldat*innen
377 notwendig sowie die Schaffung der Grundlagen einer einheitlichen
Fürsorgeverpflichtung der
378 EU gegenüber den eingesetzten Kräften und zivilen Entsandten. Wir wollen die
gemeinsame EU-
379 Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum
Beispiel bei
380 der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

381 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
382 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und
personell.
383 Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet sein,
einer
384 kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen, die tatsächlichen Bedarfe vor Ort
385 berücksichtigen und sich am Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Für die
386 zivilen GSVP Missionen müssen wir langfristige Finanzrahmen mit flexiblerer
Konzeption
387 verbinden, damit diese schneller einsatzbereit sein und sich angemessen auf
veränderte
388 Gegebenheiten einstellen können. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker
vom
389 Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert werden. Wir verstetigen
die
390 Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) und
stärken
391 deren Einheit für Risikoanalyse und Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten
so
392 angepasst werden, dass die Verfügbarkeit der Mittel, die Planbarkeit der Ausgaben und
die
393 parlamentarische Kontrolle im Europaparlament und den Mitgliedstaaten verbessert
werden.
394 Auch der Aufbau eines europäischen Luftverteidigungssystems ist für uns ein
notwendiger
395 Baustein einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur.

396 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-Mitgliedstaaten zu
einer
397 komplexen Systemvielfalt, ausbleibenden Skaleneffekten und damit zur ineffektiven
Nutzung
398 von Steuergeldern. Unser Ziel ist eine gemeinsame und damit kosteneffektivere
europäische
399 Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es der wirksamen
Umsetzung der

400 jährlichen Fähigkeitsanalyse in enger Koordination und Abstimmung mit dem
Planungsprozess
401 der NATO auf Basis gleicher Standards und Normen, finanzieller Anreize für und
Vertrauen
402 zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch des politischen Willens, die
industriepolitischen
403 Interessen zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit zurückzustellen. Damit
erreichen wir
404 die Konsolidierung des europäischen Rüstungssektors. Die Europäische
Verteidigungsagentur
405 (EDA) hat das bisher nicht im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die
Zielsetzung
406 von bestehenden Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der
gemeinsamen
407 Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich fragil
und
408 die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.
409 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres
Finanzinstrument
410 schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den gesamten
militärischen
411 Fähigkeitszyklus abdeckt – von industrieller Forschung und Entwicklung über
Beschaffung bis
412 hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter strenger
und
413 abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente
stehen.

414 **Rüstungsexporte europäisch regulieren**

415 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen
Waffensystemen schafft
416 mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. und somit auch einen Beitrag für eine
gemeinsame
417 wertebasierte Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Für diese EU-
Gemeinschaftsprojekte
418 braucht es einheitliche und restriktive europäische Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür
auf
419 der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts der EU eine
Rüstungsexportkontrollverordnung
420 beschließen, die Transparenz und Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und
einer
421 gemeinsamen Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare
Entscheidungsmechanismen
422 und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten
geben.
423 Vorgehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische
Endverbleibskontrollen müssen
424 dabei vorgeschrieben und konsequent durchgeführt werden. Europäische Waffen
dürfen nicht

425 weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte systematisch
verletzen oder
426 diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir setzen uns für ein Exportverbot für
427 Überwachungstechnologien an repressive Regime und für ein weitgehendes
Exportverbot für
428 Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

429 Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben
430 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Sie bedeuten global mehr Sicherheit für alle.
Das
431 Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie und friedliche Welt. Auch in
unsicheren
432 Zeiten wollen wir daher die Rüstungskontrolle stärken, vertrauensbildende
Maßnahmen fördern,
433 und bi- und multilaterale Abrüstungsinitiativen voranbringen. Daher sollte die EU sich
für
434 eine Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als zentralen
Pfeiler
435 der nuklearen Rüstungskontrolle einsetzen. Darüber hinaus sollte die EU ihre
436 Mitgliedsstaaten dazu ermutigen, den Atomwaffenverbotsvertrag konstruktiv zu
begleiten sowie
437 als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz teilzunehmen und sich zu Vision
Global Zero
438 zu bekennen. Dies sind erste Schritte auf dem Weg zu einem sukzessiven,
gemeinsamen Beitritt
439 und einer atomwaffenfreien Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine
Regulierung von
440 letalen autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von
Waffensystemen
441 geben, die den menschlichen Faktor bei Entscheidungen über Leben und Tod technisch
442 verzichtbar machen. Wir verurteilen jeden völkerrechtswidrigen Einsatz von
bewaffneten
443 Drohnen, auch wenn er von unseren Bündnispartnern durchgeführt wird. Den Einsatz
von
444 Streubomben, auch in der Ukraine, lehnen wir ab. Zudem wollen wir uns mit der EU
weltweit
445 dafür einsetzen, gemäß des Oslo-Übereinkommens auch nicht Vertragsparteien vom
Einsatz von
446 Streumunition abzubringen.

447 **Krisen vorbeugen**

448 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
Konflikte
449 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Hierbei ist die Zusammenarbeit der
Politikfelder und
450 Kohärenz der Ansätze wichtig. Wir wollen die EU-Mittel für friedensfördernde zivile
Akteure
451 umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und
Akteure

452 in der Friedensförderung stärker unterstützen sowie Förderrichtlinien in diesem
Zusammenhang
453 flexibilisieren und Mittelvergaben langfristiger planbar gestalten. Wir wollen die EU-
Mittel
454 und Ansätze für Stabilisierungsmaßnahmen stärken, um in Krisen flexibel, gezielt und
455 effektiv handeln zu können. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung und
Konfliktbearbeitung der
456 UN und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie
von
457 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir systematisch stärken.
Wir
458 wollen die Erforschung der Ursachen von aktuellen Konflikten, ihren Verläufen und
ihrer
459 friedlichen Bearbeitung stärken und die internationale Vernetzung in der Friedens- und
460 Konfliktforschung fördern.

461 Die EU muss weltweit ihre Stärke als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für
Frieden
462 durch Kooperation nutzen und ausbauen. Wir wollen zivile Missionen der GSVP als
Instrument
463 der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken und
systematisch
464 fortentwickeln, um zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu
465 unterstützen. Mit rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie
Vertrauen
466 aufbauen und Konflikten vorbeugen. Einer Ausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf
467 Migrationsmanagement stellen wir uns entgegen. Für effektive Maßnahmen der zivilen
468 Krisenprävention, der Stabilisierung, der humanitären Hilfe und der Friedenssicherung
469 braucht es tiefgehende Kontextanalysen, eine bessere Koordination und wirksame
Evaluationen.

470 Um Mitgliedsstaaten bei ihren Maßnahmen der zivilen Krisenprävention und des
471 Krisenmanagements besser zu vernetzen, wollen wir das European Centre of Excellence
for
472 Civilian Crisis Management ausbauen.

473 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
474 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende
staatliche
475 Institutionen, die Menschenrechte schützen und Daseinsvorsorge gewährleisten,
mindern die
476 Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die menschliches Leid erzeugen und Menschen zum
Verlassen
477 ihrer Heimat zwingen.

478 Mit humanitärer Hilfe unterstützen wir weltweit Menschen, die in humanitäre Notlagen
geraten
479 sind. Die europäischen und internationalen Organisationen in diesem Bereich wollen
wir
480 stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie
effizientere
481 und flexiblere Strukturen und Vergaberichtlinien der europäischen Organisation für

482 humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser
483 koordinieren. Schließlich wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe
484 verpflichten, stärker auf geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von
485 marginalisierten Gruppen zu achten.

486 **3. Globale Gerechtigkeit**

487 **Verlässliche Partnerin sein**

488 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die
Menschen, die
489 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen
Damit
490 stehen wir für eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Ländern des
Globalen Südens.
491 Chinas Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu
schaffen.
492 Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine gezeigt,
dass es
493 bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Die steigenden Preise für Nahrungsmittel,
Energie
494 und Transport verschärften Hunger- und Wirtschaftskrisen, destabilisierten Länder und
495 brachten Menschen weltweit in Not. Wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb um
die
496 Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines
koordinierten
497 Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften
intensiviert. Wir
498 engagieren uns für partnerorientierte, feministische, dekoloniale und nachhaltige
Ansätze in
499 der Entwicklungszusammenarbeit, die systemische Ungerechtigkeiten
wirkungsorientiert
500 abbauen. Damit wollen wir auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht
werden und
501 koloniale Kontinuitäten kritisch hinterfragen.

502 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
503 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen
wir die
504 bestehenden Instrumente der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Dialog
mit unseren
505 Partnern weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure
in
506 Hochschulen und NGOs stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die
Zusammenarbeit
507 mit der Privatwirtschaft inklusive Start-ups gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass
508 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des
Globalen
509 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert
werden.

510 Wir wollen zudem globale Städtepartnerschaften stärken, die Themen der globalen
511 Gerechtigkeit in die Lebensräume von Menschen vor Ort bringen und einen wichtigen
Beitrag
512 zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit leisten.

513 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für die
514 Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-Mitgliedstaaten das
515 gegebene Versprechen einlösen, mindestens 0,7 Prozent des
Bruttonationaleinkommens für
516 Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es kommt aber nicht nur auf die
Quantität
517 der Unterstützung an, sondern auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell,
518 unbürokratisch und wirkungsorientiert umzusetzen. Die Entwicklungsgelder müssen
vor allem
519 den bedürftigsten Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen
Entwicklungsziele
520 sowie des Pariser Klimaabkommens und des Montrealer Biodiversitätsabkommens
beitragen. In
521 Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale Absicherung der
Menschen
522 stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges
Instrument
523 gegen Armut. Die Bedarfe zum Wiederaufbau für die Ukraine sollten dabei zusätzlich
zur ODA-
524 Quote zur Verfügung gestellt werden.

525 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im
entwicklungspolitischen
526 Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den Team-Europe-Ansatz, der
in
527 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere sektorübergreifende
Koordinierung,
528 Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu
erhöhen,
529 setzen wir uns für sektorübergreifende Evaluierungen und einen
Transparenzmechanismus für
530 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament
wollen wir
531 in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

532

533 Im Bereich der digitalen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir menschenzentrierte
und
534 verantwortungsvolle Digitalisierung global gestalten und die digitale
Selbstbestimmung
535 fördern. Wir wollen den digitalpolitischen Austausch stärken, denn als EU können wir
viel
536 von digitalen Vorreitern in Ländern des Globalen Südens lernen. Wir wollen
537 Angemessenheitsbeschlüsse mit unseren Partnerländern ausbauen und so die Teilhabe
an
538 internationaler digitaler Wertschöpfung fördern.

539 Ernährung global sichern

540 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten existenzielle
541 Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU muss sich für ein
542 nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem einsetzen und damit zur
Umsetzung des
543 Rechts auf Nahrung beitragen.

544 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen, aber
auch
545 Zugang zu überregionalen Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft
546 widerstandsfähiger gegen politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu
machen.

547 Projekte der europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich
548 tragfähige und ökologisch wie sozial nachhaltige Anbausysteme mit möglichst
geschlossenen
549 Nährstoffkreisläufen fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass europäische
Agrarsubventionen,
550 patentiertes Saatgut und Landraub nicht bäuerliche Strukturen und Märkte in Ländern
des
551 Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure Abhängigkeiten schaffen. Hierbei
hat für
552 uns der Respekt vor den individuellen Entwicklungsmöglichkeiten der Länder und der
553 Selbstbestimmung der Menschen höchste Priorität. Wir wollen den Auf- und Ausbau
lokaler
554 Saatgutbanken und Züchtungsinfrastruktur fördern, damit traditionelles Wissen und
die
555 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben, sowie Abhängigkeiten in der
556 Saatgutentwicklung reduziert werden. Wir wollen uns im Rahmen der EU für strikere
557 Mechanismen zur Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor
allem in
558 Notsituationen, einsetzen. Auch die Spekulation mit Wasser muss streng reguliert
werden. Wir
559 wollen verhindern, dass sich Wasserknappheit neben zunehmenden Dürren und
steigender
560 Wasserpreise zusätzlich noch durch Spekulation verschärft.

561 Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und Pestiziden, die in der EU verboten
sind,
562 wollen wir beenden.

563 Die Förderung einer nach agrarökologischen Prinzipien ausgerichteten Landwirtschaft
in
564 Ländern des Globalen Südens muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur
Stärkung von
565 Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien,
Infrastrukturen,
566 Märkten, und Finanzmitteln sowie gegenseitigem Wissenstransfer. Hierbei muss auch
die Rolle
567 von Frauen und marginalisierten Gruppen bei Ernährung und
Nahrungsmittelproduktion in den
568 Blick genommen werden.

569 Globale Verantwortung annehmen

570 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und
ehemaligen
571 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in
572 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die
Mitgliedstaaten
573 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den
Verbrechen der
574 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür
braucht es
575 eine antirassistische Perspektive und eine Auseinandersetzung mit postkolonialen
576 Kontinuitäten.
577
578 Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch auf EU-Ebene die Debatte über die
Anerkennung der
579 durch Mitgliedsstaaten der EU während ihrer Kolonialzeit begangenen
580 Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen sowie die Aneignung und Zerstörung
kulturellen
581 Erbes in Ländern des Globalen Südens geführt wird. Wir möchten einen gemeinsamen
Weg finden,
582 sich angemessen zu entschuldigen, mit Worten und Taten Verantwortung zu
übernehmen und in
583 einem völkerrechtlichen Rahmen ideelle und materielle Wiedergutmachung zu leisten.
584
585 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen
bei den
586 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und
Umweltschutzabkommen wollen
587 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser
achten. Die
588 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit
Partnerländern und
589 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen
kontinuierlich
590 evaluieren und weiterentwickeln.
591
592 Viele Länder des Globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre
593 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv
einschränkt. Die
594 EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide Schuldenrestrukturierungen und
595 Schuldenerlasse für besonders belastete Länder einsetzen. Dazu müssen die
596 Schuldenrestrukturierungen unter dem G20 Common Framework weiterentwickelt
werden, um diese
597 transparenter zu machen und alle privaten und staatlichen Gläubiger verbindlich
598 einzubeziehen. Langfristig muss dieses Verfahren bei der UN angesiedelt werden. Wir
wollen
599 verhindern, dass europäische Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die
Steuervermeidung
600 missbraucht werden, was die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des
Globalen Südens

601 weiter einschränkt. Wir setzen uns zudem für eine Reform der globalen
Steuerarchitektur und
602 eine partnerschaftliche Einbindung des Globalen Südens ein, um globale Gerechtigkeit
und
603 Nachhaltigkeit zu fördern. Dazu gehört die Förderung einer inklusiven, gerechten und
604 effektiven internationalen Steuerkooperation auf Ebene der UN, zum Beispiel durch die
605 Verhandlungen zu einer umfassenden UN Steuerkonvention.

606 **4. Fairer Handel**

607 **Mit Handel Wohlstand schaffen**

608 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann
Wohlstand mehren.
609 Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute als eine wesentliche
Säule
610 trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand aufgrund der starken
611 Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut funktionierenden globalen
Handel ab. Es
612 ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss
zu
613 nutzen, um durch Handelspolitik weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima-
und
614 Naturschutz sowie Menschenrechte zu setzen und Wertschöpfung zu fördern. Auf diese
Weise
615 schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem Unterbietungswettbewerb und
wirken
616 damit im Sinne unserer Werte und Interessen.
617 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass
wir
618 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine
619 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft,
liefert
620 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir europäische Unternehmen dabei
unterstützen,
621 ihre Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

622 **Handelsinstrumente neu ausrichten**

623 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist der
624 bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und eventuelle
625 Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend reformieren, damit sie
dieser
626 Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen auch gute Arbeitsstandards, Zugang
zu
627 Gesundheitsprodukten und grünen Technologien, eine faire Entwicklung sowie Klima-,
Umwelt-
628 und Tierschutz in das Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

629 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
630 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir setzen
daher
631 verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien,
Indien,
632 den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN,
die sich
633 ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel bekennen. Wir treten für weltweit hohe
Umwelt-
634 und Sozialstandards ein, auch um dadurch die globalen Wettbewerbsbedingungen
anzugleichen.

635 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in
alle
636 zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden,
wie im
637 kürzlich abgeschlossenen Abkommen zwischen der EU und Neuseeland. Im Falle
eklatanter
638 Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das Pariser
Klimaabkommen, sollte
639 die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch machen oder das Abkommen
aussetzen.

640 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des
geistigen Eigentums
641 (TRIPS), nicht zuletzt in Konsultation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, neu
ausrichten.

642 Damit werden wir den Transfer von klimafreundlichen Technologien und wichtigen
643 Gesundheitstechnologien aus dem Globalen Norden in den Süden unterstützen, um
die
644 Entwicklung der dortigen Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken.
Wir
645 wollen zudem Barrieren für Innovationen und deren Marktdurchdringung insbesondere
in
646 gemeinwohlorientierten Bereichen und Bereichen der Daseinsfürsorge abbauen. Dafür
wollen wir
647 zum Beispiel die Weiterentwicklung des Europäischen Patentrechts prüfen.

648

649 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa indem
sie die
650 Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen der EU und in
ihren
651 Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen,
geistige
652 Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität stets mitgedacht werden. Dies
erfordert
653 eine Überarbeitung der europäischen Handelsinstrumente in den Bereichen
Datenbestimmungen,
654 Datenlokalisierung, Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler
Binnenmarkt.

655

656 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor
657 Beginn der
658 Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat gemeinsam
659 mit dem Rat
660 der EU bestimmen.

659 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen
660 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den
661 fairen
662 Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger industrialisierten
663 Staaten einen
664 offenen Dialog anbieten und ihnen in Handelsabkommen eine faire Chance zu einer
665 Industriepolitik mit dem Ziel eigener Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich
666 haben wir
667 durch eine stetige Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon
668 vieles
669 erreicht. Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-
670 Coercion-
671 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von
672 Handelspartnern wehren
673 kann.

668
669 Wir setzen uns für transparente und öffentlich legitimierte Formen der Streitbeilegung
670 in
671 Freihandelsabkommen ein, sofern diese erforderlich sind.

671 **Im Einklang mit dem Klima handeln**

672 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken
673 Kreislaufwirtschaft
674 weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern gemeinsam Standards zu
675 entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie klimaneutralen Stahl
676 entstehen
677 können.

676 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt, um
677 eine
678 faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-Emissionshandelssystem
679 zu ergänzen
680 und abzusichern. Dadurch werden Importe von bestimmten Produkten wie etwa Stahl
681 oder Zement
682 aus Ländern ohne Emissionshandel teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren
683 hergestellt werden. Der CBAM unterstützt damit auch die Modernisierung unserer
684 Industrie,
685 indem er beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer
686 Konkurrenz
687 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb sicherstellt.

683 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche
684 Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies

685 erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-
Investitionsverträge. Der
686 Ausstieg aus dem klimaschädlichsten Investitionsschutzvertrag der Welt – dem
687 Energiechartavertrag – von Deutschland und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg.
Wir
688 kämpfen jetzt folgerichtig für einen Austritt der gesamten EU aus dem
Energiechartavertrag.

689 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem Ziel,
die
690 gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen. Damit das Gesetz auch die
angestrebte
691 Wirkung erzielt, muss sich die EU nun um Partnerschaften mit Produzentenländern
bemühen und
692 diese beim Aufbau nachhaltiger Lieferketten und der Einhaltung der Vorgaben
unterstützen.
693 Wir wollen die Einfuhr von Erzeugnissen aus Agroforstsystemen in den Tropenwäldern
besonders
694 fördern.

695 **Auf faire Partnerschaften setzen**

696 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten
Handelspolitik
697 Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Ambitionierte
europäische
698 Gesetze zur Regulierung der Lieferketten und ihre nationale Umsetzung sind ein
wichtiger
699 Hebel, um diese Ziele zu erreichen, und nicht nur die unmittelbaren Zulieferer,
sondern die
700 gesamte Lieferkette abzudecken. So setzen wir auch die neue europäische
Lieferketten-
701 Richtlinie in nationales Recht um und passen wo nötig nationale Vorgaben an. Wir
ermöglichen
702 es Geschädigten in der EU, ihre Rechte geltend zu machen. Damit übernehmen die EU
und ihre
703 Mitgliedsstaaten Verantwortung dafür, weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping
704 zurückzudrängen.

705 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
706 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes Handelsabkommen
angesehen
707 werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von indigenen Völkern und
Gemeinschaften
708 vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte schützen.

709 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt. Produkte aus
dieser
710 heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt nichts verloren. Das EU-
Importverbot
711 für Produkte aus Zwangsarbeit, muss daher konsequent umgesetzt werden. Dabei

wollen wir
712 jegliche Art von Zwangsarbeit, auch im digitalen Raum, in den Blick nehmen.
713 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Ländern des Globalen Südens müssen wir fair
gestalten. Die
714 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten Afrikas, der Karibik und
des
715 Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und entwicklungsorientierten Handels
716 überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen Vorteile der Least Developed Countries,
die es
717 diesen Ländern erlauben, Waren zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs
zu
718 garantieren und den Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu
ermöglichen.
719 Um Länder im Globalen Süden dabei zu unterstützen, ihre Exportabhängigkeit von
720 unverarbeiteten Rohstoffen zu verringern, wollen wir europäische und internationale
721 Freihandelsinstrumente so gestalten, dass sie den Aufbau von lokalen Industrien und
die
722 Integration in höhere Wertschöpfungsstufen nicht verhindern.

723 **5. Mehr EU in Europa**

724 **Erweiterungsperspektiven**

725 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen
Interesse.
726 Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren Wohlstand. Deswegen ist es
727 unsere Verantwortung, die Länder mit europäischer Perspektive aktiv zu unterstützen.
Klare
728 Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess mit verbindlichen
729 Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig
bleibt,
730 muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in
Hand gehen.
731 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der
EU,
732 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*, vollumfänglich
733 übernehmen.
734 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den
langwierigen
735 und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die Glaubwürdigkeit des
europäischen
736 Projekts. Es muss deutlich sichtbarer werden: Allein das Reformtempo in den
737 Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo. Nationale Vetos von EU-Mitgliedstaaten
in den
738 Kapitelöffnungen sollten den Beitrittsprozess nicht blockieren dürfen. Wir wollen den
739 Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten gestalten und diese mit positiven

Anreizen

740 anerkennen, zum Beispiel dem Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des
Binnenmarkts. Ein
741 Stillstand der Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte
sollten im
742 Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im Beitrittsprozess
muss auf
743 der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und dem Kampf gegen
Korruption und
744 Organisierte Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU-
Antikorruptionsbehörde
745 OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die von
ihnen
746 eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

747 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten,
ihre
748 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU
ist uns
749 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch
jenseits
750 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an
751 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können. Wir erwarten von allen
752 Beitrittskandidaten die vollumfängliche Angleichung an die Gemeinsame Außen- und
753 Sicherheitspolitik der EU, inklusive der Übernahme der Sanktionen gegen Russland.

754 Westbalkanstaaten

755 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,
756 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

757 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen
758 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses
Beitrittsversprechen
759 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und
760 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die
761 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.

762 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter
763 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender
Aufarbeitung
764 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im
Beitrittsprozess
765 intensiv unterstützen. Den Versuchen autoritärer Staaten die Region zu destabilisieren,
muss
766 die EU entschlossen und geschlossen entgegen treten. Wir unterstützen die
demokratische
767 Entwicklung und die Aufarbeitung der Vergangenheit in Bosnien und Herzegowina und
begrüßen
768 die Präsenz von EUFOR, um die Sicherheit im Land zu stärken. Wir fordern die

serbische
769 Regierung auf, gegen Gewalt und für eine friedliche Verständigung öffentlich
einzutreten und
770 fordern Serbien und Kosovo auf, zu einer dauerhaften Lösung am Verhandlungstisch zu
kommen.
771 Das ist Voraussetzung für Frieden und Stabilität in der Region und ein Schlüssel für den
EU-
772 Beitrittsprozess Serbien. Zur Unterstützung des Friedensprozess stärken wir KFOR. Die
773 Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch die
774 grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive
Erinnerungskultur
775 unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan wollen wir die
Region beim
776 Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien, moderner Bahninfrastruktur und
777 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

778 **Ukraine**

779 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der EU.
Millionen
780 Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg
mutig
781 entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen Versuch Russlands, ihr Land zu
unterwerfen und
782 ihre Kultur auszulöschen, das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu
zerstören.
783 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen, finanziellen
und
784 auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine
785 weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre Souveränität und volle territoriale
786 Integrität wiedererlangen und verteidigen kann. Wir stehen fest an der Seite der
Ukraine,
787 ihrer Menschen und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und
Selbstverteidigung und
788 unterstützen den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten,
zuverlässigen
789 Sicherheitsgarantien.
790 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide
Seiten
791 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf
792 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung und eine aktive
Rolle
793 der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene. Wir sehen bereits
große
794 Fortschritte bei den für die EU-Beitrittsverhandlungen notwendigen Reformen. Die
Bevölkerung
795 der Ukraine verdient unsere Anerkennung dafür, dass sie ihr Land inmitten eines
Krieges so
796 grundlegend verändern.

797 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der
Ukraine
798 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch
799 großer finanzieller Anstrengungen, die Einbindung der ukrainischen Zivilgesellschaft
und
800 erheblich beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land
gegen
801 die russischen Angriffe zu stärken. Wir setzen uns ein für eine langfristige und
nachhaltige
802 Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine. Dafür braucht es neben
unterschiedlichen
803 staatlichen wie privatwirtschaftlichen Finanzierungsinstrumenten insbesondere auch
804 Zuschüsse. Wir wollen prüfen lassen, ob und wie stillgelegte russische
Vermögenswerte
805 rechtssicher für den Wiederaufbau der Ukraine nutzbar gemacht werden können.

806 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die russische
807 Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des
Verbrechens des
808 Aggressionskriegs aufklären und bestrafen. Ein internationaler Mechanismus soll über
die
809 Wiedergutmachung der Sach- und Personenschäden durch Russland an die Ukraine
entscheiden und
810 so eine Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des
Wiederaufbaus der
811 Ukraine schaffen.

812 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass
die EU
813 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als
Zeichen
814 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch,
den
815 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen
Meeres
816 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt
zur
817 globalen Ernährungssicherung bei.

818 **Georgien und Moldau**

819 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel
von
820 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Diese sind seit
Beginn
821 des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine intensiviert worden. Wir stehen
entschlossen
822 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und
823 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die
dafür

824 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat und
825 schon seit
826 2020 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir
827 konsequent
828 unterstützen. Der Wunsch der georgischen Bevölkerung nach EU-Integration ist
829 weiterhin
830 riesig; die Regierung muss nun die notwendigen Reformen umsetzen, um den
831 europäischen Traum
832 des Landes zu erfüllen.

829 **Europäische Nachbarschaft**

830 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit
831 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

832 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung
833 von
834 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir
835 intensivieren.
836 Dafür arbeiten wir auch auf einen Beitritt der EU zur europäischen
837 Menschenrechtskonvention
838 hin.

836 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren
837 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-
838 Mitgliedschaft
839 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im
840 ausgeprägten europäischen Interesse.

840 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran
841 arbeiten,
842 ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge wirtschaftliche
843 und
844 militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem Königreich ist im beiderseitigen
845 Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte Königreich wieder in das EU-
846 Forschungsprogramm
847 Horizont Europa einsteigt. Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung
848 praktische Hürden beim Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel
849 bei den
850 Studierenden-Visa, möglichst rasch abbaut.

847 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen
848 Angriffskrieg
849 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention bewahren. Sie
850 kann in
851 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

850 **Türkei**

851 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine
852 langjährige
853 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und

853 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische
Türkei, in
854 der die Rechte aller ihrer Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der EU
hat.

855 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich
in
856 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten
entfernt.
857 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv
gegen
858 europäische Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts
oder die
859 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine
schwierige
860 Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen Sicherheitslage ist.
861 Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen die Ukraine und darüber
hinaus
862 engagiert.

863 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin innerhalb
der
864 NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine aktive GRÜNE
865 Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-
Beitritt erst
866 dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg zu Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit
867 einschlägt.

868 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und
möglich
869 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des
Klimawandels. Der
870 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU,
gegen
871 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Geflüchtete, gegen
Kurd*innen
872 und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger*innen im eigenen
Land wenden,
873 treten wir entschieden entgegen.

874

875 Die türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen, darunter auch
Osman
876 Kavala und Selahattin Demirtas, aus der Haft entlassen und den Urteilen des
Europäischen
877 Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) Folge leisten. Mit der Missachtung der Urteile
des
878 EGMR macht die Türkei das laufende Vertragsverletzungsverfahren im Rahmen des
Europarates
879 unumgänglich. Die Missachtung von Gerichtsurteilen schafft Rechtsunsicherheit, die
auch die
880 zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der Türkei belastet.

881 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für Demokratie
und
882 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die türkische
Zivilgesellschaft,
883 die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützt.

884 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

885 **Östliche Nachbarn der EU**

886 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren
Kontinent.
887 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen
888 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es
zielgerichtete
889 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die
890 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig
müssen
891 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische
892 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders
unterstützen.

893 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den
Protesten
894 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für
Demokratie und
895 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und
mit
896 Nachdruck für die Unterstützung der belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition,
die
897 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen
Regimes und
898 für freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

899 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die
Unterstützung des
900 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen und
901 Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen
werden. Wir
902 setzen uns insbesondere dafür ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von
Beweismaterial
903 unterstützt.

904 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren und
905 bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv unterstützen.
Armeniens Weg
906 für mehr politische Teilhabe und Freiheiten wurde durch russischen Druck und den
Krieg um
907 Bergkarabach massiv erschwert. Aserbaidshan hat sich entschlossen, durch
militärische
908 Gewalt Fakten zu schaffen. Wir verurteilen Bakus militärischen Angriff auf

Bergkarabach im
909 September 2023. Die EU muss der autokratischen aserbaidischen Regierung
klare Grenzen
910 für den Fall weiterer Offensiven aufzeigen. Einen langfristigen Frieden kann es nur
durch
911 Verhandlungen geben. Daher begrüßen wir die Bemühungen der EU, mit Armenien
und
912 Aserbaidisch eine nachhaltige Friedenslösung zu finden. Die EU-
Beobachtungsmission in
913 Armenien (EUMA) leistet dabei einen wichtigen stabilisierenden Beitrag. Über 100.000
914 Armenierinnen und Armenier sahen sich gezwungen Bergkarabach zu verlassen, die
Hälfte davon
915 Kinder und ältere Menschen. Die EU sollte die Integration der aus Bergkarabach
Geflüchteten
916 in Armenien unterstützen beziehungsweise ihre Rückkehr nach Bergkarabach durch
917 internationale Schutzmechanismen ermöglichen. Der Schutz der armenischen Kultur
und
918 christlichen Religion in Bergkarabach muss sichergestellt werden, um den Erhalt des
919 gemeinsamen Erbes der Region zu schützen. Die EU sollte zwischen Armenien und
Aserbaidisch
920 als stabilisierender Mittler agieren und dadurch zugleich die demokratischen
Reformkräfte
921 Armeniens stärken. Das sollte auch beinhalten, dass die EU Armenien dabei
unterstützt, den
922 demokratischen Reformprozess trotz aller Herausforderungen voranzutreiben und die
923 Unabhängigkeit des Landes von Russland zu stärken. Dafür braucht es eine noch
engere
924 Partnerschaft und Annäherung Armeniens mit der EU, ebenso wie mit Deutschland.
925 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.
Sicherheit
926 in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit Russland. Gewalt,
Lüge,
927 Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde
mundtot
928 gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer
Gefangenschaft.
929 Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir
930 sehen uns als Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches
931 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
932 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
933 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
934 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.
935 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den
russischen
936 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht
und muss
937 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden.

938 Transatlantische Beziehungen

939 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so
940 tiefe
941 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA
942 haben nach
943 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur
944 wirtschaftlichen
945 Entwicklung und politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur
946 Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

947 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere
948 europäische Gegenwart und Zukunft. Wir schätzen Kanada und die USA als enge und
949 verlässliche
950 Wertepartner und möchten die Beziehungen der EU mit beiden weiter vertiefen. Seit
951 dem
952 russischen Angriffskrieg auf die Ukraine haben unsere transatlantischen Partner und
953 allen
954 voran die USA dazu beigetragen, die Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die
955 politische Einheit der europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die USA sind eine
956 zentrale strategische Partnerin: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte
957 Erneuerung
958 unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

959 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China,
960 Russland und
961 anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir globale
962 Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern und
963 ausbauen.

964 Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den klimaneutralen
965 Umbau
966 unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir Zukunftstechnologien
967 entwickeln
968 und sie zugleich zum Wohle der Menschen und ihrer Freiheit aktiv gestalten.

969 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und
970 handlungsbereite Partner
971 auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es mehr europäische Anstrengungen,
972 um
973 eigene sicherheits-, verteidigungs- und wirtschaftspolitische Kapazitäten zu
974 entwickeln. Wir
975 wollen die europäische Säule der NATO stärken, auch durch eine vertiefte EU-NATO-
976 Zusammenarbeit. Antiliberale Tendenzen auf beiden Seiten des Atlantiks gefährden
977 das
978 Wertefundament, auf dem die transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es
979 entschieden entgegenzutreten.

980 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig
981 intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt zum einen, die
982 transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den
983 Ausbau von
984 Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und

Wissenschaft.

969 Und Diversifizierung heißt zum anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und die
970 eigenständige Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.

971 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein
geeignetes

972 Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu entwickeln. Wir
befürworten

973 die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA, um einen
transatlantischen

974 Markt zu schaffen, der weltweit höchste soziale und ökologische Standards nach dem
Prinzip

975 des „Race to the Top“ folgt und als Impulsgeber für die grüne Transformation weltweit
wirkt.

976 Ein wichtiges Element dabei ist die gemeinsame Arbeit an einem Club für kritische
Rohstoffe.

977 **China**

978 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale.
Durch

979 Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne tritt die
Partnerschaft jedoch

980 zunehmend in den Hintergrund. Im Innern handelt die chinesische Führung repressiver
und

981 autoritärer; nach außen verfolgt sie inzwischen offen hegemoniale und imperiale
Ambitionen

982 und versucht aggressiv, den eigenen globalen Einfluss zu erweitern. Dafür nutzt China
auch

983 zunehmend seinen Einfluss im Rahmen der BRICS-Staaten und seine enge
Partnerschaft mit

984 Russland. Das trägt zu einer weiteren Verschärfung der Differenzen zwischen Europa
und China

985 bei. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und
der EU als

986 Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere

987 Koordinierung des Verhältnisses zu China insbesondere mit unseren transatlantischen
und

988 indopazifischen Partnern ein.

989 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum Beispiel
bei

990 Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die europäische
Wirtschaft

991 dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Ohne eine ambitionierte,
992 eigenständige Industrie- und Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es

993 zentral, dass die EU einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen,
die

994 einer kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine
Absage.

995 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter Exportmarkt.
Das
996 Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte nach China ab. Noch
gibt es
997 in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa, zudem ist der europäische
Markt für
998 chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann hier den bestehenden
Handlungsspielraum besser
999 und selbstbewusster nutzen, vor allem im Bereich der Transparenzpflichten
chinesischer
1000 Konzerne bei Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Kritische
1001 Infrastruktur, wie Häfen, Eisenbahn und digitale Infrastruktur, sowie
Schlüsselindustrien
1002 müssen vor dem Zugriff chinesischer Investitionen nachhaltig und in der gesamten EU
1003 geschützt werden.

1004 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments der EU
sowie
1005 einen koordinierten Ansatz bei Kontrollen von Investitionen in China und
Exportrestriktionen
1006 im Bereich sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU
besser
1007 gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende
Wirkung
1008 erzielen.

1009 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in
der Provinz
1010 Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und Vertreter*innen
der
1011 Zivilgesellschaft, insbesondere Demokratieaktivist*innen in Hongkong, durch die
chinesische
1012 Regierung müssen beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage
europäischer
1013 Politik. Das gilt auch für die internationalen Lieferketten europäischer Unternehmen.
1014 Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum europäischen Markt
bekommen. Wir
1015 erwarten daher auch, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen
1016 Arbeitsorganisation ILO ratifiziert.

1017 Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützen wir die sachbezogene Teilnahme
des
1018 demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen. Gleichzeitig erkennen wir
an, dass
1019 das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des militärischen Drucks
der
1020 Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Eine Änderung des Status Quo in der
1021 Taiwanstraße darf nicht gegen den Willen Taiwans erfolgen. Wir betrachten Taiwan als
1022 demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den wirtschaftlichen,
kulturellen,
1023 zivilgesellschaftlichen und politischen Austausch zu intensivieren.

1024 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise von Ländern des
Globalen
1025 Südens, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie bei Klimaschutz-
und
1026 Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist, mit China
zusammenarbeiten. Dies
1027 gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz, den Schutz der Biodiversität oder den
Schutz
1028 der Weltmeere. In diesen und weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der
universellen
1029 Erklärung der Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung
offen für
1030 Kooperation.

1031 **Naher Osten und Nordafrika**

1032 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar
für die
1033 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend
unerfüllt, und
1034 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region
verfestigt. Wir
1035 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die
1036 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch
nach einem
1037 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der
europäischen
1038 Nahostpolitik stehen.

1039 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der
Zusammenarbeit von
1040 kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine besondere Chance, um
Strukturen
1041 jenseits der oft staatsdominierten Großunternehmen in der Region zu stärken.

1042 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin
sein für
1043 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit
und
1044 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und
1045 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine
besondere
1046 Verantwortung.

1047 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in
der
1048 Region erpressbar macht. Eine politische Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im
Verhältnis zu
1049 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die
selbst
1050 Fluchtgründe schaffen.

1051 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes
mit
1052 gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Die Terrorangriffe der
1053 Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 waren eine Zäsur. Wir stehen nach diesen
fürchterlichen
1054 Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Israel hat wie jeder andere
Staat
1055 das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich gegen Angriffe wie diese im Rahmen des
1056 humanitären Völkerrechts zu verteidigen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen
1057 Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns. Für Frieden und Sicherheit braucht es
eine Zwei-
1058 Staaten-Regelung mit der Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und
demokratischen
1059 Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967. Dafür soll die EU die Kräfte
der
1060 Mitgliedstaaten für Verhandlungen der beiden Seiten bündeln und ihre tatkräftige und
1061 großzügige Hilfe für die Friedensverwirklichung anbieten.
1062
1063 Dazu braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch eine
konsequente
1064 Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist auch eine
Grundlage für
1065 die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer Institutionen. Zu der
1066 Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den
Terror gegen
1067 Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Den fortdauernden israelischen
Siedlungsbau,
1068 Pläne für völkerrechtswidrige Annexionen und die Siedlergewalt gegen
Palästinenser*innen im
1069 Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Wir wollen weiterhin mit
denjenigen
1070 Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden
Seiten für
1071 Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger*innenrechte und Frieden einsetzen.
Als größte
1072 Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen Gebiete
auch
1073 den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung fördern, um
Hass
1074 entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser*innen und
den
1075 Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.
1076 Im Iran stehen wir an der Seite der feministischen Protestbewegung gegen das
iranische
1077 Regime. Diese setzt sich für ein demokratisches Iran ein, kämpft für Achtung der
1078 Menschenrechte und die Selbstbestimmung der Bevölkerung, einschließlich der
Abschaffung von
1079 Kleidungs Vorschriften wie der Zwangsverschleierung. Wir wollen, dass die EU die
Erweiterung
1080 der Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes sowie eine Verschärfung der

Sanktionen

1081 beim Handel und bei Finanzbeziehungen fortlaufend kritisch prüft.
1082
1083 Die islamische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet
werden.
1084 Zudem muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora
unterstützen und
1085 politisch verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg
als
1086 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich
geschlossen
1087 werden, ebenso wie Vertretungen in anderen deutschen Städten. Das Regime versucht
mit einer
1088 aggressiven Außenpolitik und Terrorfinanzierung die Region zu destabilisieren. Die
1089 Terrorfinanzierung des iranischen Regimes, welche unter anderem für das erklärte Ziel
der
1090 Vernichtung Israels eingesetzt wird, gilt es zu bekämpfen. Gerade mit Blick auf die
1091 Sicherheit Israels muss die EU in Zusammenarbeit mit den USA die Nuklearisierung
des Irans
1092 verhindern. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-
Verbreitungsabkommen halten.
1093 Iran verletzt seine Verpflichtungen aus dem JCPOA seit 2019 fortwährend massiv und
hat die
1094 Gelegenheit, zum JCPOA zurückzukehren, mehrfach ausgeschlagen. Darum müssen die
1095 proliferationsbezogenen Maßnahmen im Nuklearbereich sowie Sanktionen aufrecht
erhalten
1096 bleiben. Wir wollen aus den Lehren der Verhandlungen um das JCPOA lernen.
1097 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
1098 auftretenden EU entgegenwirken. Wir unterstützen diplomatische Bemühungen um
Deeskalation in
1099 der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum
Beispiel
1100 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.
1101 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden übereilten Abzug
westlicher Truppen
1102 tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Afghanistan. Wir verurteilen vor
allem die
1103 Verdrängung von Frauen aus fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens und
erkennen die
1104 Taliban nicht als Regierung Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU
1105 angesichts der dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und
dabei
1106 explizit Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind
aufgrund
1107 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres
1108 Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den konsequenten
Schutz und die
1109 Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger*innen und ihren

mitbedrohten
1110 Familien.

1111 **Afrika**

1112 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden.

Wir
1113 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in
ihren
1114 Bemühungen unterstützen, nachhaltige Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen.
Wir

1115 sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in
Politik,

1116 Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide
Seiten. Wir

1117 wollen mit unseren afrikanischen Partnerinnen und Partnern zu beiderseitigem Nutzen
1118 zusammenarbeiten und dafür attraktive europäische Angebote für eine nachhaltige
Entwicklung

1119 machen. Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe und
verurteilen

1120 verfassungswidrige Machtwechsel, Putsche und unfreie Wahlen, die die demokratische

1121 Entwicklung in einigen afrikanischen Staaten gefährden.

1122 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima-, Energie- und
Wasserstoffpartnerschaften

1123 sowie die Klima- und Entwicklungspartnerschaften, die dazu beitragen können, die
Industrie

1124 auf beiden Kontinenten klimaneutral voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen.
Dabei ist

1125 für uns klar, dass die erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten
immer

1126 zuerst den produzierenden Ländern vor Ort zur Verfügung stehen müssen,
insbesondere den

1127 ärmsten und marginalisierten Menschen.

1128 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative ein
Schritt in

1129 Richtung weiterer nachhaltiger Entwicklung beider Kontinente und trägt als attraktives

1130 europäisches Angebot für die großen Investitionsbedarfe zur Verringerung der
Abhängigkeit

1131 von China und Russland bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen

1132 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden

1133 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

1134 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für

1135 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Vor allem dort, wo die staatlichen

1136 Strukturen geschwächt oder wo autokratische Strukturen vorherrschend sind, wollen
wir die

1137 Zivilgesellschaft sowie demokratische politische Akteure unterstützen. Das gewaltfreie

1138 Engagement insbesondere junger Menschen für eine plurale Zivilgesellschaft in ihren
Ländern
1139 sowie zur zivilen Konfliktbearbeitung wollen wir in der EU aktiv unterstützen. Eine
1140 besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen zu.
1141 Wir setzen uns dafür ein, dass Drittstaatsangehörige, die in Europa studieren,
Dienstreisen
1142 erledigen oder zum Beispiel an Konferenzen teilnehmen, einfacher und schneller
Zugang zu
1143 Visa bekommen. Ein Beitrag dazu ist die Digitalisierung der Visaverfahren.
1144 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht
gekennzeichnet.
1145 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den
Folgen der
1146 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde.
Im
1147 Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes und verbundener wirtschaftlicher
Ausbeutung wollen
1148 wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen werden.

1149 **Indopazifik**

1150 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum
verschoben. Hier
1151 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.
1152 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan, Südkorea,
1153 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit ASEAN und seinen
Mitgliedsstaaten
1154 sowie den ozeanischen Inselstaaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus
auch auf
1155 mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftlicher Modernisierung legen und
1156 gleichzeitig kulturellen Austausch, zivilgesellschaftliche Akteure und den Schutz der
1157 Menschenrechte stärken. Insbesondere die Kooperation mit Japan als engstem Partner
im
1158 indopazifischen Raum sowie einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter
1159 vertiefen. Ein Beispiel hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022
1160 mit Japan als erstem Partnerland überhaupt geschlossen hat.
1161
1162 Gerade im Indopazifik tritt China immer aggressiver auf und propagiert zugleich sein
1163 autoritäres Staats- und Gesellschaftsmodell als Vorbild. Deshalb wollen wir auch die
1164 Kooperation zwischen der EU und indopazifischen Staaten im Bereich der Sicherheits-
und
1165 Verteidigungspolitik ausbauen.
1166 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz
1167 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen beigetragen haben.
Wir wollen
1168 sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden Meeresspiegels
konkret und
1169 finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit
den

1170 Staaten der gesamten Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der
Region,
1171 zum Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

1172 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an.
Wir
1173 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso
wie die
1174 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung
für die
1175 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit
bei
1176 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich
an klaren
1177 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge
betrachten
1178 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen
die
1179 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer
Konflikte
1180 in Grenzregionen ein.

1181
1182 Die EU-Mitgliedsstaaten sollten sich innerhalb der UN dafür einsetzen,
völkerrechtswidriges
1183 Verhalten des Militärregimes in Myanmar zu verurteilen und freie und faire Wahlen in
dem
1184 Land einfordern.

1185 **Lateinamerika**

1186 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele auch
unsere
1187 Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa natürliche Partner bei
der
1188 Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen
der EU
1189 und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC)
ermöglichen
1190 eine intensive Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

1191 In einigen lateinamerikanischen Ländern haben sich autoritäre Regierungen etabliert,
die die
1192 Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft stark einschränken. Auch demokratische
Staaten
1193 sind nach wie vor unter Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude
Anfang
1194 2023 in Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie
gegen
1195 autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür ist die
1196 Zusammenarbeit mit demokratisch gewählten Regierungen und eine starke
Zivilgesellschaft
1197 essenziell. Wir wollen Aktivist*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die

Rechte

1198 von LGBTIQ*, Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch
eine
1199 effektive Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig. Dazu gehören
neben
1200 polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen auch die Schaffung wirtschaftlicher
1201 Alternativen, Reduzierung von Abhängigkeiten von Kartellen und die Stärkung
1202 grenzüberschreitender Ermittlungen.

1203 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika.
Die
1204 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine
Intensivierung
1205 von Klima-, Rohstoff- und Entwicklungspartnerschaften sowie eine Ausweitung der
Kooperation
1206 für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Natur- und Tropenwaldschutz. Der
Schutz
1207 der Rechte der indigenen Völker muss dabei bei allen Vorhaben mitgedacht und
priorisiert
1208 werden.

1209 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um
seine
1210 Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Diese können nur dann erfolgreich
sein,
1211 wenn sie partnerschaftlich ausgehandelt werden, beide Seiten davon profitieren und
ein
1212 substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Die Global-Gateway-
1213 Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen aus den Fehlern der

1214 Vergangenheit lernen und unsere Handelspolitik zukünftig so gestalten, dass keine
1215 Umweltzerstörungen befeuert werden und keine neokoloniale Ausbeutung entsteht.
Wir wollen
1216 Partnerschaften auf Augenhöhe. Wir lehnen das EU-Mercosur-Abkommen in seiner
jetzigen Form
1217 ab und fordern Nachverhandlungen um grundlegende Veränderungen zu erreichen für
ein faires,
1218 ökologisches und postkoloniales Abkommen, das Menschenrechte respektiert,
1219 Technologietransfer gewährleistet und den intensiven Abbau von Rohstoffen im
globalen Süden
1220 für den Konsum des globalen Nordens ein Ende setzt. Wir werden das Mercosur-
Abkommen nur
1221 ratifizieren, wenn von beiden Seiten umsetzbare, überprüfbare und rechtlich
verbindliche,
1222 einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes
vereinbart
1223 werden. Umsetzbar sind alle genannten Standards gerade in Zeiten
rechtspopulistischer
1224 Regierungen nur dann, wenn Verstöße dagegen genauso effektiv sanktioniert werden
können wie
1225 die Handelsbestimmungen des Abkommens. Die Möglichkeit der Aussetzung von
Handelspräferenzen

1226 bei Verstößen von Nachhaltigkeitsstandards ist daher eine unabdingbare
Voraussetzung für
1227 eine Zustimmung zum Abkommen. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-
Abkommen nur
1228 gemeinsam mit einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des
Regenwaldes,
1229 Schutz der indigenen Völker und der Menschenrechte geben. Dadurch stellen wir
sicher, dass
1230 unsere Partnerschaft mit den Mercosur Ländern intensiviert wird und gleichzeitig die
1231 Menschenrechte, die Biodiversität und das Weltklima geschützt werden.